

Antragsteller: (Veranstalter)		<h2 style="margin: 0;">Antrag auf Erteilung einer ERLAUBNIS</h2> <p><input type="checkbox"/> für die Durchführung einer Veranstaltung auf öffentlichem Verkehrsgrund gem. § 29 Abs. 2 StVO</p> <p><input type="checkbox"/> einer verkehrsrechtlichen Anordnung gem. § 45 Abs. 6 StVO</p>
Name		
Straße, Hs-Nr.		
PLZ, Ort		
Telefon		
Fax:		
E-Mail		

Anschrift der zuständigen Behörde Landratsamt Aschaffenburg Straßenverkehrsbehörde Mainaschaff Am Glockenturm 6 63814 Mainaschaff Verkehr@Lra-ab.bayern.de	Erforderliche Unterlagen zum Antrag – sind bei Antragstellung vorzulegen: <ul style="list-style-type: none"> <input type="checkbox"/> Nachweis der Veranstalterhaftpflichtversicherung (Anl. 1) <input type="checkbox"/> Veranstaltererklärung (Anlage 2) <input type="checkbox"/> Haftungsfreistellungserklärung (Anlage 3) <input type="checkbox"/> Einvernehmenseklärung für den Einsatz der örtl. Feuerwehr bei Veranstaltungen –sofern erforderlich- (Anlage 4) <input type="checkbox"/> Einvernehmen zur Stellung der Beschilderung -sofern erforderlich (Anlage 5) <input type="checkbox"/> genauer Strecken-/Routenplan (schriftliche Auflistung und in elektr. Form über Google Maps, GPSies etc. abrufbar)
--	--

Zur Durchführung von einer erlaubnispflichtigen Veranstaltung auf öffentlichem Verkehrsgrund beantragen wir eine Erlaubnis gemäß § 29 Abs. 2 StVO

Verantwortlicher für die Durchführung:	
Handy-Nr. Verantwortlicher:	
E-Mail Verantwortlicher:	

Art und Anlass der Veranstaltung / Bezeichnung der Veranstaltung:	
--	--

Zeitraum der Veranstaltung:	<u>Beginn</u> (Datum + Uhrzeit) - <u>Ende</u> (Datum + Uhrzeit) -
------------------------------------	--

Voraussichtliche Zahl der Teilnehmer:	Fahrzeuge:	Personen:
Festwagen: Musikkapellen:	Pferde:	Gespanne:
Sonstiges:		

Ort (Gemeinde, Ortsteil)	Start und Ziel (Ort, Straße, Haus-Nr., etc.)
---------------------------------	---

Streckenverlauf:	
-------------------------	--

Ferner wird der Erlass einer verkehrsrechtlichen Anordnung gem. § 45 Abs. 6 StVO (Verkehrsbeschränkung bzw. Verkehrsverbote) beantragt

Ort, Ortsteil:	
Straße:	
Ortslage:	von Haus-Nr. – bis Haus-Nr. / von Abschnitt, Station – bis Abschnitt, Station
Dauer der Sperrung:	vom (Datum + Uhrzeit) - bis (Datum + Uhrzeit) -
vorgeschlagene Umleitungsstrecke:	über
Art der Verkehrsbeschränkung:	

Ort, Datum,	Unterschrift	Hinweise: Es können nur vollständig ausgefüllte Anträge bearbeitet werden.
-------------	--------------	--

Der Antrag ist im Regelfall spätestens 2 Monate vor Beginn der Veranstaltung einzureichen. Bei Veranstaltungen von größerem Umfang und bei Umleitung des Verkehrs soll der Antrag mindestens 3 Monate vor Beginn gestellt werden.

Die Grundinformationen zu den Informationspflichten nach der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) sowie detaillierte Informationen über die Verarbeitungstätigkeiten der Organisationseinheiten des Landratsamtes Aschaffenburg finden Sie unter www.formulare-landkreis-ab.de.

!! von der Versicherung auszufüllen !!

Bestätigung der Versicherungsgesellschaft zur Vorlage bei der Straßenverkehrsbehörde über den Haftpflichtversicherungsschutz für eine Veranstaltung

(Versicherungsgesellschaft)

An _____
(Name des Veranstalters / Versicherungsnehmers)

_____ (Ort)

Betreff _____
(Bezeichnung der Veranstaltung)

am _____
(Veranstaltungstage)

Versicherungsschein- bzw. Mitglieds-Nr.: _____

Bestätigung

Hiermit bestätigen wir, dass im Rahmen und Umfang der oben bezeichneten Versicherung Versicherungsschutz für die gesetzliche Haftpflicht privatrechtlichen Inhalts gemäß der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zu § 29 Abs. 2 StVO (Randnr. 20-23) für die Vorbereitung und Durchführung der oben bezeichneten Veranstaltung besteht.

- Der Versicherungsschutz erstreckt sich auch auf alle Risiken im Zusammenhang mit dem Gebrauch von Kraftfahrzeugen und Anhängern. Hiervon ausgenommen sind Risiken, die durch Versicherungen nach dem Gesetz über die Pflichtversicherung für Kraftfahrzeughalter abzusichern sind (§ 1 PflVG) oder für die in gleicher Weise und in gleichem Umfang wie beim Bestehen einer Kfz-Haftpflichtversicherung einzutreten ist (§ 2 Abs. 2 PflVG).
- Der Versicherungsschutz erstreckt sich nicht auf öffentlich-rechtliche Ansprüche (wie z.B. straßenrechtliche Erstattungsansprüche).

Individuell gemäß Vertragsinhalt anzupassen (zutreffende Alternative bitte ankreuzen):

Die Versicherungssummen betragen je Versicherungsfall

_____ Euro für Personenschäden (innerhalb dieser Versicherungssumme ohne weitere Begrenzung für die einzelne Person), _____ Euro für Sachschäden und _____ Euro für Vermögensschäden.

_____ Euro pauschal für Personen- und Sachschäden (innerhalb dieser Versicherungssumme ohne weitere Begrenzung für die einzelne Person) und _____ Euro für Vermögensschäden

_____ Euro pauschal für Personen-, Sach- und Vermögensschäden (innerhalb dieser Versicherungssumme ohne weitere Begrenzung für die einzelne Person).

Die Höchstersatzleistung des Versicherers für alle Versicherungsfälle anlässlich dieser Veranstaltung beträgt das _____-fache dieser Versicherungssummen.

Ort, Datum

Unterschrift

(Name in Druckschrift und/oder Stempel der Versicherung)

Veranstaltererklärung

(Veranstalter)

, den

(Ort)

(Datum)

An das Landratsamt Aschaffenburg -Untere Straßenverkehrsbehörde-

Dienststelle Alzenau
Siemensstraße 2, 63755 Alzenau

Dienststelle Mainaschaff
Am Glockenturm 6, 63814 Mainaschaff

Hinsichtlich der von mir beantragten Veranstaltung

(Bezeichnung und Datum der Veranstaltung)

Erkläre ich Folgendes:

1. Mir ist bekannt, dass die Veranstaltung eine Sondernutzung im Sinne des § 8 Bundesfernstraßengesetz (FStrG) bzw. nach Art. 18 Bayer. Straßen- und Wegegesetz (BayStrWG) darstellt und ich als Erlaubnisnehmer alle Kosten zu ersetzen habe, die dem Träger der Straßenbaulast durch die Sondernutzung entstehen.
2. Mir ist bekannt, dass der Träger der Straßenbaulast und die Straßenverkehrsbehörde keinerlei Gewähr dafür übernehmen, dass die Straßen samt Zubehör durch die Sondernutzung uneingeschränkt benutzt werden können. Den Träger der Straßenbaulast trifft im Rahmen der Sondernutzung keinerlei Haftung wegen Verletzung der Verkehrssicherungspflicht.
3. Soweit die zuständigen Behörden aus Anlass der Veranstaltung Aufwendungen für besondere Maßnahmen verlangen können, verpflichte ich mich diese zu erstatten.
4. Über den nach der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zu § 29 Abs. 2 Straßenverkehrs-Ordnung (StVO) für Veranstaltungen vorgeschriebenen Umfang von Haftpflichtversicherungen sowie ggf. notwendigen Unfallversicherungsschutz bin ich informiert. Mir ist bekannt, dass es sich bei den in der vorgenannten Verwaltungsvorschrift aufgeführten Versicherungssummen lediglich um Mindestversicherungssummen handelt. Eine Bestätigung zu dem von der Erlaubnisbehörde verlangten Versicherungsschutz stelle ich zur Verfügung bzw. habe ich bereits zur Verfügung gestellt. Mir ist bekannt, dass ohne eine solche Bestätigung die Erlaubnis nicht erteilt werden kann.

(Unterschrift)

(Name in Druckschrift oder Stempel)

Haftungsfreistellungserklärung

(Veranstalter)

, den

(Ort)

(Datum)

An das Landratsamt Aschaffenburg -Untere Straßenverkehrsbehörde-

Dienststelle Alzenau
Siemensstraße 2, 63755 Alzenau

Dienststelle Mainaschaff
Am Glockenturm 6, 63814 Mainaschaff

Wir als verantwortlicher Veranstalter der/des

(Bezeichnung der Veranstaltung)

erklären uns bereit:

1. Wir stellen die Bundesrepublik Deutschland, den Freistaat Bayern, die Landkreise, die Gemeinden und die sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts von allen Ersatzansprüchen frei, die aus Anlass der Veranstaltung aufgrund gesetzlicher Haftpflichtbestimmungen von Teilnehmern oder von Dritten erhoben werden.
2. Über die gesetzliche Schadensersatzpflicht hinaus verpflichteten wir uns die Wiedergutmachung aller Schäden zu übernehmen, die auch ohne eigenes Verschulden von Teilnehmern durch die Veranstaltung oder aus Anlass Ihrer Durchführung an den zu benutzenden Straßen einschließlich der Verkehrszeichen und Verkehrseinrichtungen sowie an Grundstücken (Flurschäden) entstehen. Es ist uns bekannt, dass aufgrund besonderer landesrechtlicher Vorschriften Kostenersatz für besondere polizeiliche Maßnahmen aus Anlass der Veranstaltung verlangt werden kann. Weitere Ersatzansprüche bleiben unberührt. Ebenso unberührt bleibt der Kostenersatz für besondere Maßnahmen der Straßenverkehrs- und Straßenbaubehörden (Baulastträger, Wegeeigentümer, Unterhaltungspflichtiger). Soweit die zuständigen Behörden aus Anlass der Veranstaltung Aufwendungen für besondere Maßnahmen verlangen, verpflichte ich mich diese zu erstatten.
3. Darüber hinaus stehen uns und den Teilnehmern keinerlei Schadenersatzansprüche gegen den Straßenbaulastträger (Straßenbaubehörde, Wegeeigentümer) zu für Schäden, deren Ursache auf die Beschaffenheit der bei der Veranstaltung zu benutzenden Straßen samt Zubehör zurückgeführt werden kann.

(Unterschrift)

(Name in Druckschrift oder Stempel)

!! von Stadt/Gemeinde/Markt auszufüllen !!

Einvernehmenserklärung für den Einsatz der Feuerwehr bei Veranstaltungen (Art. 7a Gesetz über Zuständigkeiten im Verkehrswesen)

Die Stadt / der Markt / die Gemeinde _____ erklärt ihr Einvernehmen

hinsichtlich der Absicherung der Veranstaltung _____ durch die Feuerwehr.

Für den Einsatz der Feuerwehr liegt die Zustimmung der Feuerwehr und des zuständigen Gemeindeorgans vor.

(Ort, Datum)

(Unterschrift)

Anmerkung:

Die erforderliche Absicherung einer Veranstaltung ist von Führungsdienstgrade der Feuerwehr oder von ihnen im Einzelfall beauftragte Mannschaftsdienstgrade durchzuführen. Die Befugnisse richten sich nach § 36 Abs. 1 und § 44 Abs. 2 der Straßenverkehrsordnung (StVO).

Die Berechtigung geht nur soweit, als die Polizei im Sinn des Art. 1 des Polizeiaufgabengesetzes (PAG) nicht oder nicht rechtzeitig ausreichend zur Verfügung steht.

Einvernehmensklärung für den Einsatz gemeindlicher Bediensteten zur Absicherung bei Veranstaltungen (Art. 7a Verkehrswesen-Zuständigkeitsgesetz -ZustGVerk)

!! von Stadt/Gemeinde/Markt auszufüllen !!

Die Stadt / der Markt / die Gemeinde _____ erklärt hiermit ihr Einvernehmen
hinsichtlich der Absicherung der Veranstaltung _____
durch gemeindliche Bedienstete (i.d.R. Bauhofmitarbeiter).

Die Beschilderung wird gestellt durch den **Bauhof** _____,
Verantwortlich für die Beschilderung ist _____ (Name Verantwortlicher),
erreichbar unter Handy-Nr. _____, MVAS-Nachweis vom _____.

(Ort, Datum)

(Unterschrift Gemeinde)

=====

**!! vom Veranstalter auszufüllen wenn durch den Veranstalter selbst eine externe Firma zur
Stellung der Beschilderung beauftragt wird !!**

Die Beschilderung wird gestellt durch **Firma** _____

Verantwortlich für die Beschilderung ist _____ (Name Verantwortlicher),
erreichbar unter Handy-Nr. _____, MVAS-Nachweis vom _____.

E-Mail-Adresse: _____ (zur Übersendung der
verkehrsrechtlichen Anordnung)

(Ort, Datum)

(Unterschrift Veranstalter)